



# Pressemitteilung

*Datum: 27.02.2026*

**Postanschrift**  
Bezirksamt Neukölln von Berlin  
12040 Berlin

**Pressekontakt**  
Tel.: +49(0) 30 90239 - 2386  
bv@bezirksamt-neukoelln.de

## **Kein Platz für Antisemitismus und Israelhass in Neukölln**

Die Bezirksverordnetenversammlung Neukölln von Berlin hat auf ihrer Sitzung am Mittwoch, den 25. Februar 2026 eine EntschlieÙung mit 19 Ja-Stimmen, 15 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen der 42 anwesenden Bezirksverordneten verabschiedet:

### EntschlieÙung der Bezirksverordnetenversammlung Neukölln von Berlin

Die Bezirksverordnetenversammlung verurteilt den israelfeindlichen Aufzug vom 21. Februar 2026 auf dem Rathausvorplatz auf das Schärfste. In einem Vergleich wurde Israelsolidarität in eine Nähe mit Adolf Eichmann und der Shoah gebracht. Der Staat Israel wurde dämonisiert. Zudem wurde die nach UN-Teilungsplan erfolgte Gründung Israels als illegitim erklärt. Es kam neben den schon häufig geäußerten Falschbehauptungen zu einem Genozid im Gaza-Streifen zu Falschbehauptungen über einen Genozid im Westjordanland. Neben der Flagge der palästinensischen Autonomiebehörde waren auch Flaggen des Irans sichtbar und es kam zu Worten der Solidarität für die Islamische Republik Iran, deren Regime insbesondere in den letzten Wochen, aber auch schon zuvor für Freiheit protestierende Menschen brutal ermordet hat, sowie die Vernichtung Israels, der USA und des Westens sowie dessen Werte fordert.

In unserem Bezirk ist kein Platz für die Relativierung der Shoah.

In unserem Bezirk ist kein Platz für Solidarität mit dem theokratischen Regime im Iran.

In unserem Bezirk ist kein Platz für die Delegitimierung des Staates Israel.

Und das Rathaus Neukölln darf keine Kulisse hierfür sein.

Karsten Schulze  
Vorsteher der Bezirksverordnetenversammlung  
Neukölln von Berlin

